

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: [Ausgabe vom 26.05.2017](#), Seite 6 / Ausland

Von Volker Hermsdorf

27.05.2017

Lenín vereidigt

Ecuadors neuer Präsident Moreno will an »Bürgerrevolution« festhalten



Feierliche Inauguration: Am Mittwoch wurde Lenín Moreno vor der Nationalversammlung in Quito als Präsident vereidigt

Foto: Mariana Bazo/REUTERS

Ecuador hat einen neuen Präsidenten: Lenín Moreno, der wie sein Vorgänger Rafael Correa dem linken Parteienbündnis Alianza PAIS angehört. Moreno legte am Mittwoch vor dem Parlament in Quito den Amtseid ab. Nachdem er sich in einer Stichwahl am 2. April mit 51,16 Prozent gegen seinen Konkurrenten, den Banker Guillermo Lasso von der neoliberalen Partei Creo, durchgesetzt hatte, steht Lenín Moreno nun für vier Jahre an der Spitze von Staat und Regierung. Bis 2021 müssen er, sein Vize Jorge Glas und der Rest des Kabinetts die versprochenen Sozialprogramme auf den Weg bringen. Angesichts

gesunkener Ölpreise, der Auswirkungen der Finanzkrise, des Einflusses der konservativen Medienkonzerne und einer gewaltbereiten rechten Opposition stehen der neuen Linksregierung innenpolitisch allerdings schwierige Zeiten bevor. Doch mit dem Amtsantritt Lenín Morenos in Ecuador hat der Vormarsch der Rechten in Lateinamerika einen weiteren Dämpfer verpasst bekommen.

In seiner ersten Rede rief der neue Regierungschef die 16 Millionen Bürger zu einem friedlichen Zusammenleben und die Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen zum Dialog auf. Zum Ende seiner Ansprache wandte Moreno sich an die ecuadorianischen Unternehmer und Politiker und bat diese ausdrücklich, im Ausland »nicht schlecht über unser Land zu reden«. Zuvor hatte der Präsident angekündigt, die strategische Position Ecuadors in der Welt und den Zusammenschluss der lateinamerikanischen Länder stärken zu wollen. Seine Regierung werde sich für mehr Gerechtigkeit bei Steuern und Abgaben und vor allem für eine Änderung der Beziehungen zwischen Staaten und transnationalen Unternehmen einsetzen, um diese stärker in die Verantwortung für Umweltschutz, Arbeitsbedingungen und Menschenrechte nehmen zu können. Innenpolitisch versprach Moreno die Fortführung der vor zehn Jahren von Rafael Correa eingeleiteten »Bürgerrevolution«.

Im Anschluss an die Vereidigung stellte er das neue Kabinett vor. Schwerpunkte dieser Regierung, so Moreno, seien die Schaffung von Arbeitsplätzen, ein Programm zur Versorgung aller Bewohner des Andenlandes mit Wohnungen, die vollständige Beseitigung des Analphabetismus sowie der freie Zugang zu Universitäten. Im Wahlkampf hatte er bereits den Bau von 40 technischen Hochschulen und ein Programm zur Altersversorgung für alle Bürger versprochen. Besondere staatliche Unterstützungsprogramme kündigte der neue Präsident zudem für Schwangere und Neugeborene an.

Morenos Vorgänger Rafael Correa wurde auf dem Weg zur Amtsübergabe von zahlreichen Bürgern der Hauptstadt verabschiedet und mit Sprechchören wie »¡Gracias Presidente!« (Danke, Präsident!) und »¡Hasta siempre!« (Für immer!) gefeiert. Das galt vor allem dem von ihm eingeleiteten Kurswechsel nach einer neoliberalen Periode. Vor Correas Amtsantritt im Jahr 2007 war Ecuador das viertärmste Land Südamerikas. Rund drei der damals knapp 16 Millionen Ecuadorianer mussten sich Arbeit im Ausland suchen, um zu überleben. Unter Correa veränderte sich die Lage. Der linke Präsident rief eine »Bürgerrevolution« aus, zu deren Zielen die Beseitigung von Armut und sozialer Ungleichheit ebenso gehörte wie Bildungs- und Gesundheitsprogramme sowie Initiativen zur Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft. Zur Amtseinführung Lenín Morenos waren am Mittwoch rund 180 Repräsentanten aus aller Welt, darunter mehr als ein Dutzend Staats- und Regierungschefs, in Quito anwesend. Und obwohl die Opposition in Ecuador das Wahlergebnis zunächst nicht anerkannt hatte und Morenos Legitimität in Frage stellt, befanden sich unter den Gästen am Mittwoch auch mehrere zum rechten Lager in Lateinamerika zählende Präsidenten wie Juan Manuel Santos (Kolumbien), Horacio Cartes (Paraguay) und Mauricio Macri (Argentinien) sowie ein Vertreter der rechtskonservativen spanischen Regierung.

